

## Die »Hölle auf Erden« beenden

### Die Lage in Sudan gebietet Einmischung

Der vor kurzem vorgelegte Bericht der UN-Expertenkommission hat mit Fakten belegt, daß in Darfur schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden. Die sudanesishe Regierung ist nicht willens und nicht in der Lage, die eigene Bevölkerung zu schützen, und deshalb ist Einmischung geboten. Sie führt einen Vernichtungsfeldzug mit Unterstützung arabischer Milizen. Wir kennen die Situation seit mehr als einem Jahr: Etwa zwei Millionen Menschen sind vertrieben, etwa 100 000 bisher getötet. Nach wie vor finden Angriffe auf die Zivilbevölkerung statt, Frauen werden vergewaltigt, der Waffenstillstand wird nicht eingehalten. Die Rebellen tragen Mitverantwortung für den Konflikt, die Hauptverantwortung trägt allerdings die Regierung. Ursachen des Konflikts sind eher ökonomisch und politisch als religiös und rassistisch. Kofi Annan hat die Lage vor kurzem als »Hölle auf Erden« bezeichnet. Die Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, hat erklärt: Die Verstrickung Khartums und einzelner Regierungsmitglieder in die Vorfälle in Darfur sei so groß, daß der Regierung nicht zu trauen sei. Dies wird auch durch das Interview von Milizenführer Musa Hilal von Anfang März bestätigt, in dem dieser der sudanesischen Regierung die Verantwortung für das Handeln seiner Kämpfer zuweist. Die Befehle seien durchweg von hochrangigen Militärangehörigen gekommen. Der UN-Nothilfe Koordinator, Jan Egeland, hat vorausgesagt, daß Mitte 2005 bis zu vier Millionen Menschen von humanitärer Hilfe abhängig sein könnten.

Das bittere Fazit nach einem Jahr vieler Konferenzen, Beschlüsse und Absichtserklärungen ist: Es hat sich im Grunde nichts geändert. Der Konflikt wurde lange vorhergesehen. Die möglichen vorbeugenden Mechanismen wurden nicht genutzt. Die Völkergemeinschaft als Ganzes hat erneut versagt – auch wenn gerade der bittere Jahrestag zehn Jahre nach Rwanda vorübergegangen ist.

Was hätte geschehen können, und was muß geschehen? Das Regime in Khartum ist der Schlüssel für eine politische Lösung. Wenn das Regime schon nicht abgelöst werden kann, dann muß es unter Druck gesetzt werden. Dies geschieht nicht. Druck wird immer wieder angekündigt, aber nicht ausgeübt. Der Sicherheitsrat ist durch die Vetomächte China und Rußland blockiert, die Europäische Union spricht nicht mit einer Stimme. Längst hätten gezielte Sanktionen in Kraft gesetzt werden müssen, wie sie von allen hochrangigen UN-Verantwortlichen gefordert werden. Dazu gehören Reisebeschränkungen, Zugriff auf Konten, und aus meiner Sicht, ein Öl- und Waffenembargo. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Deutschlands, die sich für Sanktionen einsetzen, werden nur von wenigen Europäern unterstützt. Die Öleinnahmen, die durch den Waffenstillstand zwischen Nord- und Südsudan reichlich fließen, werden unter anderem für Waffenkäufe genutzt. Eine weitere notwendige Maßnahme sind Truppenverstärkungen zum Schutz der Zivilbevölkerung. Die Afrikanische Union, der diese Aufgabe übertragen worden ist, ist damit überfordert. Hier muß geholfen werden. 1 800 Soldaten befinden sich in Darfur. 10 000, so sagen alle Experten, sind notwendig. Weiter ist dringlich, daß der eingangs genannte Expertenbericht durch Beschluß des Sicherheitsrats zu Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof führt. In dem Bericht werden 51 Personen, zum Teil in hohen Rängen in Regierung und Administration, als Verantwortliche für Kriegsverbrechen genannt. Die USA haben eine grundsätzlich ablehnende Position zu diesem Gerichtshof. Es wird zur Zeit alles versucht, sie umzustimmen, denn ihr Einsatz für Frieden in Sudan ist unbezweifelbar aufrichtig und nachdrücklich. Schließlich muß alles daran gesetzt werden, zu wirklichen Friedensverhandlungen zu kommen. Ich könnte mir vorstellen, daß die Afrikanische Union, die Amerikaner, die EU und einige weitere erfahrene Mediatoren jetzt tätig werden.

Besonders ärgerlich ist die Position der britischen Regierung. Sie verhindert mit ihrem Widerstand seit langem jeglichen wirksamen Druck auf die sudanesishe Regierung. Über die Motive kann man nur spekulieren. Sind es Absprachen mit Khartum im Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Konflikt? Sind es Ölinteressen? (Britische Firmen bewerben sich um Konzessionen.) Will London eine Sonderrolle als frühere Kolonialmacht einnehmen? Es gibt Presseberichte, wonach die Briten eng mit dem sudanesischen Geheimdienst zusammenarbeiten sollen, den ich in meinen Berichten immer wieder aufs schärfste kritisiert habe.

Mit dieser Uneinigkeit in Europa – die Briten stehen mit ihrer zurückhaltenden Position nicht allein – ist der Konflikt nicht zu lösen. Alle diejenigen, die jetzt nicht handeln, machen sich mitschuldig.

Die Ursache des Konflikts in Darfur ist die politische und ökonomische Marginalisierung dieser großen Region. In gewisser Hinsicht sind die Menschen dort ein Opfer der Nord-Süd-Friedensverhandlungen. Sie sehen sich von der zwischen Nord und Süd vereinbarten Teilung von Macht und Wohlstand ausgeschlossen. Außerdem haben einige Staaten lange – zum Teil bis heute – gezögert, irgend etwas Nachdrückliches in Darfur zu unternehmen, weil sie fürchten, damit den Nord-Süd-Frieden, der gerade abschließend vereinbart worden ist, zu gefährden. So erfreulich bei allen Schwächen im einzelnen dieser Friedensvertrag ist, so wird er keinen Bestand haben, wenn nicht alle Teile des Landes und alle politischen Gruppen gleichberechtigt einbezogen werden. Ich habe schon in meinem Bericht an die Generalversammlung im Jahre 2002 vor einer Destabilisierung Sudans gewarnt. Heute ist Sudan durch Aufstände und Unruhen im Osten, in Kordofan und eben in Darfur im höchsten Maße destabilisiert. Beobachter sagen, daß die Position der Regierung erheblich schwächer geworden ist. Die neue Regierungsstruktur mit Beteiligung des Südens schafft Unruhe. Der künftige Vizepräsident John Garang sieht sich zwischen zwei Fronten. Es ist ein Land im Umbruch mit der Gefahr, daß am Ende alles zerbricht. Neben einer Lösung der Darfur-Krise ist die Rückkehr der Flüchtlinge in den Süden vorrangiges Ziel. Ob allerdings die Stationierung von 10 000 Soldaten im Süden zur Sicherung des Friedens angesichts der Schutzlosigkeit der Zivilbevölkerung in Darfur vordringlich ist, möchte ich bezweifeln.

Es bleibt uns nichts anderes zu tun, als diese Situation weiter nachdrücklich im öffentlichen Bewußtsein zu halten – die Flutkatastrophe in Ostasien hat nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Spenden abgezogen. Wir sollten jene Regierungen nach wie vor ermutigen, die einen klaren Kurs fahren. Dazu gehört die deutsche Regierung. In der Sitzung der Menschenrechtskommission sollte im April eine klare Resolution mit Einsetzung eines Sonderberichterstatters mit Nachdruck angestrebt werden. Wir müssen die Verbündeten derjenigen in Sudan sein, die Entsetzliches erleiden und die eine pluralistische, auf Autonomie gegründete Zivilgesellschaft aufbauen wollen. Das Land hat ein erhebliches Entwicklungspotential. Ohne die Konflikte und ohne den Egoismus sich schamlos bereichernder Minderheitsgruppen an der Macht bräuchten wir uns um Sudan keine Sorgen zu machen. Entwicklungshilfe, auch die der EU, darf es allerdings erst geben, wenn das Regime die Forderung der Völkergemeinschaft erfüllt. Auch wenn es bisher keine Sanktionen gibt, unerfüllte Forderungen und leere Versprechungen gibt es seit Monaten.

---

*Gerhart R. Baum, geb. 1932, Rechtsanwalt in Köln, war von 2001 bis 2003 Sonderberichterstatter über die Menschenrechtslage in Sudan. Von 1992 bis 1998 war er Leiter der deutschen Delegation zur UN-Menschenrechtskommission und von 1978 bis 1982 war er Bundesminister des Innern.*

**Gerhart R. Baum** □